Anfrage öffentlich	Datum 12.10.2005	Nummer F0277/05
Absender **Fraktion Die Linkspartei.PDS**		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 03.11.2005	
Kurztitel Streichung von Zuschüssen für Hartz IV		

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie den Medien zu entnehmen war, verlangt die Bundesregierung von den Kommunen Zuschüsse für die Unterbringung von Langzeitarbeitslosen in Milliardenhöhe zurück So soll nach Beschluss des Bundeskabinetts vom 05. Oktober 2005 der bisherige Bundesanteil von 29,1 % rückwirkend zum 01. Januar 2005 gestrichen werden. Damit drohen den Kommunen Rückforderungen in Höhe von ca. drei Milliarden Euro.
Minister Clement begründete das damit, dass Kommunen durch Kosten für Unterkunft und Heizung für die Bezieher von ALG II deutlich geringer als erwartet belastet würden.
Die Fraktion Die Linkspartei.PDS konnte aus Ihrer Presseinformation zur Kenntnis nehmen, dass Sie, wie der Präsident des Deutschen Städtetages Christian Uhde, diese Rückzahlung durch Daten und Fakten untersetzt, ebenfalls ablehnen.

Die Fraktion fragt Sie, Herr Oberbürgermeister,

1. Wie stellt sich die Finanzierungssituation konkret in Magdeburg dar?
2. Wie können sich die Regierungsbeschlüsse konkret auf die Haushaltslage 2005, die Haushaltsplanung 2006, die Umsetzung der Unterkunftsrichtlinie und vor allem die Situation der über 20000 Bedarfsgemeinschaften in Magdeburg auswirken?
3. Welche Schritte haben Sie bereits unternommen bzw. wollen Sie noch unternehmen, um Schaden von der Landeshauptstadt und den betroffenen Magdeburgerinnen und Magdeburgern abzuwenden?
4. Wie gedenken Sie den Stadtrat in Initiativen zur Rücknahme der Entscheidung der Bundesregierung einzubeziehen?

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender